Im Fall Moskau hilft keine Psychotherapie

Eine gemeinsame europäische Antwort auf die Ukrainekrise ist nicht eine Frage des Ehrgeizes, sondern ein Gebot des politischen Überlebens.

Krisen legen Schwächen offen, bieten aber auch die Chance, über den eigenen Schatten zu springen und Neues zu wagen. Die Ukrainekrise erfüllt bisher die erste Funktion. Sie entblößt rücksichtslos die Schwächen der europäischen Politik, ihre Widersprüche und Inkonsequenzen. Die Frage, ob diese bittere Erfahrung auch Ansporn sein wird, Europa außenpolitisch handlungsfähig zu machen, bleibt offen. Eins steht fest: Wenn die Chance jetzt nicht genutzt wird, kann man eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheits-, aber auch Verteidigungspolitik für lange Zeit vergessen.

Das gewaltige geopolitische Konfliktpotenzial östlich der EU und der NATO ist wohl jedem Sicherheitspolitiker seit geraumer Zeit bewusst gewesen. Die meisten haben einfach gehofft, dass es sich nicht entfalten würde. Um das zu verhindern, wurde mühevoll versucht, Russland in ein enges Kooperationsnetz einzubinden. Es sollte die Energie des Landes in produktive Bahnen lenken und seine Führung von aggressiven Absichten abbringen. Zugleich wurde der Ukraine und einigen anderen Ländern, nicht ohne Zögern, eine EU-Anbindung in Aussicht gestellt. Das geschah auch in der Hoffnung, dies würde Reformanstrengungen ermutigen und dadurch einen demokratischen und marktwirtschaftlichen Wandel der Region ermöglichen. Soweit sie an Russland adressiert war, ist diese Politik gescheitert. Die Annexion der Krim und der folgende unerklärte Krieg gegen die Ukraine haben daran keinen Zweifel gelassen. Psychotherapeutische Ansätze wie „Was haben wir falsch gemacht?" oder „Haben wir Russland unnötig provoziert?" sind nur ziemlich peinliche Versuche, von der unangenehmen Einsicht des Scheiterns abzulenken.

Jeder Ansatz einer wirklich anderen Politik muss davon ausgehen, dass

Jeder Ansatz einer wirklich anderen Politik muss davon ausgehen, dass die bisherige ihre Grenzen erreicht hat. Dies zu leugnen käme demselben Fehler gleich, den manche

die bisherige ihre Grenzen erreicht hat.

westdeutschen Politiker machten, als in Polen im Dezember 1981 das Kriegsrecht verhängt wurde und die einst erfolgreiche Entspannungspolitik an ihre Grenzen stieß. Doch erforderlich ist zugleich auch eine andere Grundeinsicht: nämlich die, dass Russland auch weiterhin unser Nachbar bleiben wird. Deshalb haben wir ein fundamentales Interesse daran, die Beziehungen zu Russland vernünftig zu regeln.

Derzeit gibt kaum etwas Anlass zu der Hoffnung, dass sich die innere Verfassung Russlands ändern und sich das Land auf den Westen zubewegen wird. Deshalb brauchen wir in der Russlandpolitik eine realistische Strategie. Wenn der Begriff nicht so oft als Inbegriff des egoistischen Machtzynismus missbraucht worden wäre, könnte man diese durchaus als realpolitisch bezeichnen.

Unüberbrückbare Gegensätze hinsichtlich europäischer Ordnungsvorstellungen

Dieser politische Realismus führt zur Erkenntnis, dass zwischen Europa und Russland heute und auf längere Zeit unüberbrückbare Gegensätze hinsichtlich europäischer Ordnungsvorstellungen bestehen werden. Russland hat nie einen Hehl daraus gemacht, dass es die atlantische und europäische Integration für eine unbegründete Abweichung von der Tradition der nationalstaatlichen Machtpolitik hält. Es war ein Irrtum anzunehmen, dass Moskau diese Strukturen nur deshalb ablehnte, weil es in ihnen keinen Platz für sich selbst ausmachen konnte. Die Ablehnung ist grundsätzlicherer Natur. Russland ist nicht bereit, seine Handlungsfreiheit durch bindende Normen einzuschränken. Selbst die OSZE geriet in russische Kritik, als sie sich darum bemühte, ihren Auftrag in von Russland beanspruchten Gebieten zu erfüllen.

Dieser Gegensatz lässt sich nicht als ideologischer Streit ohne praktische Konsequenzen abtun. Spätestens der Krieg gegen die Ukraine hat ihn auf die Ebene politischer Grundsatzentscheidungen übertragen. Der Zwang, eine Antwort auf die russische Aggression zu formulieren, wurde zu

einem bestimmenden Moment europäischer Politik. Das gilt zunächst für die Innenpolitik vieler Mitgliedstaaten, in denen alte und neue EU-Gegner von rechts und links sich ermutigt fühlten, ihre Verachtung für das liberale Europa offen auszusprechen. Das gilt aber auch für die Außenpolitik, in der sich die Tendenz gezeigt hat, alten nationalen Handlungsmustern anstatt den relativ neuen europäischen Loyalitäten zu folgen.

Polens Bedürfnis nach Rückversicherung aus dem Westen

So zerbrach, zur Überraschung vieler und Enttäuschung mancher, die oft beschworene Gemeinschaft der neuen EU-Mitglieder. Die vorkommunistische Geschichte erwies sich als prägender als die gemeinsame Ostblockvergangenheit. So gingen Ungarn oder die Slowakei in der Russlandpolitik einen anderen Weg als Polen und die baltischen Staaten.

Aus polnischer Perspektive ist das schmerzhaft. Entscheidend bleibt für Polen, aber unter umgekehrten Vorzeichen auch für Russland, die Frage, wie Deutschland auf den osteuropäischen Machtkonflikt reagiert.

Der Ukrainekrieg hat auch in Deutschland alte, überwunden geglaubte Denkmuster aktiviert, deren Anhänger allerdings oft gar nicht wissen, welche historischen Traditionen ihr Handeln und Denken bestimmen. Der Streit um die richtige Antwort auf den Krieg wird so zu einer Grundsatzdebatte über die Ausrichtung der deutschen Politik, über die Zukunft der Westbindung, über das Verhältnis zwischen nationalen Interessen und gemeinschaftlichen Verpflichtungen, über den Sinn der gewachsenen Verantwortung und Macht Deutschlands. Diese Diskussion wird in Polen mit Spannung und manchmal auch Skepsis verfolgt.

Es ist schwer zu verstehen, weshalb sich Berlin und Paris entschlossen, in die Verhandlungen mit Russland und der Ukraine

Für Polen ist Deutschland der zentrale Bezugspunkt in der außen- und sicherheitspolitischen Orientierung. Ähnlich, aber viel elementarer als für Frankreich. Während im französischen Denken die Sorge um den eigenen Status in der internationalen

ohne Polen einzutreten.

Politik eine große Rolle spielt, geht es im polnischen Fall um grundsätzliche geopolitische Interessen. Mit dem wachsenden Druck vom Osten steigt auch das Bedürfnis nach Rückversicherung aus dem Westen. Diese kann nicht nur aus Amerika kommen. So wichtig die atlantische Solidarität angesichts der Krise ist, den größten Teil der Verantwortung müssen die Europäer selbst übernehmen. Drei Ländern kommt dabei eine besondere Rolle zu: Deutschland, Frankreich und Polen. Sie haben die historische Erfahrung, um das Konfliktpotenzial in Osteuropa zu verstehen. Und sie haben, wenn auch in unterschiedlichem Maße, die Macht, um eine gemeinsame europäische und atlantische Antwort auf die Herausforderungen in Osteuropa zustande zu bringen. Dieses sogenannte Weimarer Dreieck, dessen Vielfalt eine Stärke ist, hat in der Anfangsphase des Ukrainekonfliktes eine positive Funktion erfüllt. Es ist schwer zu verstehen, weshalb sich Berlin und Paris entschlossen, in die Verhandlungen mit Russland und der Ukraine ohne Polen einzutreten. Dies ist keine Prestigefrage. Ohne Polen ist die europäische Vertretung weniger repräsentativ und nicht erfolgreicher geworden. Und an Moskau wurde ein falsches Signal ausgesandt.

Die schwache Beteiligung der europäischen Institutionen am Krisenmanagement scheint niemanden besonders zu überraschen. Sie ist trotzdem ein Handicap der europäischen Politik. Ambitionierte Mitgliedstaaten werden ohne Zweifel die erste Geige spielen. Sie geben sich aber bisher selbst den Auftrag zum Handeln. Die europäischen Institutionen spielen dabei eine geringe Rolle. Das könnte sich ändern. Der Anspruch von Ländern wie Deutschland, Frankreich, aber auch Polen, im Namen der EU zu handeln, würde auf diese Weise eine zusätzliche Legitimation erhalten.

Der Ukrainekonflikt ist nicht die einzige Krise, die die Europäische Union zum Handeln herausfordert. Auch der Nahe Osten benötigt einen realen Beitrag der EU. Auch ist zu bedenken, dass die innere Krise der EU das europäische Selbstbewusstsein in den vergangenen Jahren stark angeschlagen hat. Doch bei aller Brisanz, die komplexeste

Herausforderung an Europa kommt aus dem Osten des Kontinents selbst. Hier sind die Interessen, die Werte und das Selbstverständnis Europas direkt betroffen. Der aktuelle Konflikt um die Ukraine kann Europa auseinander dividieren oder aber handlungsfähiger und selbstbewusster machen. Die Entscheidung, was es wird, werden vor allem die Staaten selbst treffen. Sie brauchen dafür aber keine umfassenden institutionellen Reformen. Sie sollten sich lediglich auf einige Regeln verständigen, die die Effizienz des Handelns mit stärkerer europäischer Legitimität verbinden. Ist das möglich? Viele europäische Staaten machen gerade im Ukrainekonflikt die manchmal demütigende Erfahrung eigener Schwäche. Das bleibt selbst den Mächtigsten nicht erspart. Eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik Europas ist deshalb nicht mehr eine Frage des Ehrgeizes, sondern ein Gebot elementarer politischer Vernunft. In diesen Tagen ist sie sogar ein notwendiger Ausdruck des politischen Überlebensinstinkts.



Janusz Reiter
Warschau

Janusz Reiter ist ehemaliger Botschafter Polens in Deutschland und in den USA. 1996 gründete er das Zentrum für Internationale Beziehungen in Warschau, dessen Direktor er bis heute ist. Reiter erhielt das große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland für seine Verdienste um die deutsch-polnischen Beziehungen.

7 LESERBRIEFE

Agneta schrieb am 13.10.2014

Ein guter und weitsichtiger Artikel. Sich die eigene

Schwäche einzugestehen erfordert eine gewisse Grösse. Man kann nur hoffen, dass unsere Politiker diese Grösse haben. Den Konflikt in der Ukraine bzw. dessen Ausweitung haben die EU Politiker mit zu verantworten. Es ist höchste Zeit für ein Umdenken. Russland ist unser Nachbar und wird es auch bleiben. Es wäre politisch nur vernünftig, sich zu arrangieren und eine gemeinsame Basis zu finden anstatt machtpolitische Interessen zu verfolgen, die Europa nur schaden können. Ein starkes Europa sollte in aller Interesse sein.

Wolfgang Geuer schrieb am 14.10.2014

Die entscheidende Frage in der Ukraine-Krise wurde bisher nur von Gabor Steingart (Handelsblatt) gestellt. Sie lautet ganz einfach: Will Russland nach Westen expandieren oder die NATO nach Osten? Und so wird offenbar von vielen übersehen, die NATO-Osterweiterung berührt russische Interessen auf massive Weise. Der geplante Raketenschirm, der dazu nun Polen und Tschechien mit einbeziehen soll, kann als alarmierende Parallele zur Kubakrise verstanden werden, als Grenzüberschreitung, die sich die USA niemals gefallen lassen würden. Darüber schreibt Reiter allerdings

kein Wort. Während der Kubakrise stand der Globus am Rand eines Weltkrieges! Die Älteren unter uns können sich daran sicher noch erinnern. Wieso glauben große Teile der westlichen Welt - und offenbar auch Reiter, Russland müsse den geplanten Schirm - ohne Konsequenzen zu ziehen - hinnehmen? Wieso glaubt man, diese Politik ist für Europa sinnvoll und bildet nicht die Gefahr einer weiter gehenden Rüstungseskalation? Vor der russischen Haustüre wurden kürzlich Nato-Manöver in einem Nicht-Nato-Land durchgeführt. Soll Russland darüber wegsehen? Dass die USA die Komplexität des historischen Geflechts zwischen Russland und Europa ignorieren, überrascht angesichts des beginnenden Vorwahlkampfs in den Staaten nicht, da punktet Hillary Clinton auch mal, indem sie Putin mit Hitler vergleicht. Ein starkes Europa setzt aber vor allem Unabhängigkeit von amerikanischen Interessen voraus und eine Rückbesinnung darauf, dass Europa selbst dazu beigetragen hat, gewachsenes Vertrauen mit Russland zu beschädigen. Nicht die Politik der Ost-West-Öffnung und Integration ist gescheitert, wie Reiter behauptet, sondern die nach dem Zerfall des Warschauer Paktes eingeleitete Nato-Osterweiterung trägt das Risiko größeren Scheiterns in sich. Sie bildet den Bruch in

einem politischen Geflecht zwischen Europa und Russland, dass in der Vergangenheit für beide Seiten positive Entwicklungen möglich gemacht hat. Warum neben Frankreich und Deutschland lediglich Polen in die Gespräche einbezogen werden sollte, ist im übrigen nicht nachvollziehbar. Europa geht eigentlich anders. Und genau darüber sollten europäische Politiker stärker nachdenken.

Andreas von+Buelow schrieb am 14.10.2014

Wieder eine völlig einseitige Stellungnahme, die nur die eine Seite der Medaille beleuchtet. Die Vereinigten Staaten intervenieren seit Jahren in der Ukraine, haben 5 Milliarden wohl auch zur Finanzierung des Maidan ausgegeben, der Chef der CIA berät die ukrainische Seite höchst persönlich. Die westliche Haltung ist eben nicht neutral, Dazu würde gehören, dass man die Militärapparate des Westens nicht in die unmittelbare Nähe des tief im Wandel begriffenen russischen Reiches vorschiebt. Das war versprochen und ist nicht gehalten worden. Die Rakenten stehen unter dem glatt gelogenen Vorwand, gegen den Iran gerichtet zu sein, in Wahrheit im Sekundenabstand zu den russischen Machtzentren.

Der unter amerikanischer Beratung erfolgte Putsch der gewählten, zur Ab- oder Wiederwahl stehenden Regierung in Kiew und deren Ersatz durch eine Führung, die im Osten des Landes kaum verwurzelt ist, war ein Akt unübertroffener westlicher Staatskunst. Dass man diese Führung in Kiew dann auch nicht davon abhält, mit Flugzeugen und Artillerie in die Wohnquartiere der nicht amüsierten Bevölkerung zu schießen, ist ein Stück aus dem Tollhaus. Ich habe noch nie gehört, dass Demokraten so um die Gunst des opponierenden Teils des Volkes wirbt. Bleiben wir doch bei unseren Zusagen, graben wir Russland nicht die Einnahmen aus dem Gas- und Ölexport durch die Konstruktion umgehender Pipelines ab, suchen wir das Gespräch, den Ausgleich der wirtschaftlichen und militärischen Interessen. Und helfen wir im eigenen Interesse bei der Bekämpfung der ja nicht nur in Russland grassierenden Korruption. Der Beweis, dass Russland unter Putin nicht zum Ausgleich der Interessen bereit wäre, ist nicht erbracht. Noch kann man das Zurückfallen in den idiotischen Ost-West-Konflikt vermeiden.

Cay Gabbe schrieb am 14.10.2014

Ein wichtiger Beitrag. Mir ist z.B. auch nicht ersichtlich, wieso Deutschland und Frankreich in Bezug auf die Ukraine Polen nicht mit einbezogen haben. Im übrigen schließe ich mich (der Kürze wegen) der Argumentation von Herrn Wolfgang Geuer an. Diese Gedanken kommen bei Herrn Reiter leider überhaupt nicht vor, nicht einmal ansatzweise; sie können deshalb von ihm auch nicht in die gebotene Abwägung einbezogen werden, die die Voraussetzung für eine richtige Strategie ist. Reiter fertigt diese wichtigen Erwägungen als "psychotherapeutisch" und "peinlich" ab. So stelle ich mir nicht vor, dass die europäischen Partner mit ihren extrem unterschiedlichen politischen historischen Erfahrungen aufeinander hören, ehe sie urteilen! Die Interessen der anderen Seite zu erkennen und zu berücksichtigen, die Wirkungen des eigenen Verhaltens richtig einzuschätzen, ist nicht nur die Grundregel einer nüchternen Friedenspolitik sondern gehört auch zum kleinen Einmaleins jedes Anwalts, der Erfolg haben will.
Und es stimmt nicht, dass der kooperative Ansatz für die Russlandpolitik gescheitert ist. Offensichtlich an ihre Grenzen gestoßen ist allerdings die US-Politik, die gesellschaftspolitischen Verhältnisse in den Ländern, die an Russland grenzen, grundlegend im westlichen Sinn zu

verändern und der Versuch, Russland einzudämmen und zu schwächen - das hat der Hauptverfechter dieser Politik Brzezinski inzwischen selbst eingeräumt. Diese Politik ist es, die den kooperativen Ansatz unterlaufen und unglaubwürdig gemacht hat. Weiterhin gilt: Kooperation mit Russland in Europa, so viel wie immer möglich, Einbeziehung Russlands in die Lösung der zahlreichen internationalen, grenzüberschreitenden Probleme und friedlich Koexistenz, wo Kooperation nicht möglich ist und vor allem ein langer Atem auf diesem Weg der "kleinen Schritte". Gerade die (vielfach als Schwäche diskreditierten) immer wieder neuen Anläufe für eine Verhandlungslösung auch in der heißesten Phase des Ukraine-Konflikts (von einer starken westlichen Position aus und als Teil einer Doppel-Strategie) hat uns wohl vor einem Hineinschlittern in eine kriegerische Auseinandersetzung mit einem Atomwaffenstaat bewahrt.
Der Beitrag von Herrn Reiter zeigt: wir haben im Zusammenwachsen Europas noch einen weiten Weg vor uns und werden da nur weiterkommen, wenn wir es schaffen, einander zuzuhören und zu verstehen, bevor wir (vorgefasste) Urteile übereinander fällen.

Sindy schrieb am 15.10.2014

Ich kann dem Artikel von Herrn Geuer nur voll beiflichten. Jedoch wäre dem noch hinzu zu fügen, dass Herr Reiter sich mal vor den Spiegel der Politik Polens stellen sollte. Darin würde er dann erkennen, dass Polen eine sehr erbärmliche Rolle vor der sichtbaren Konfliktsituation gespielt hat. Denn die mörderischen, radikalen Neo-Nazi-Kräfte wurden in seinem Land kämpferisch ausgebildet - das ist wohl informierten Kreisne bekannt. Wie soll ein Land eine ehrliche Vermittlerpolitik betreiben können, wenn es diese erbärmliche aktuelle Vergangenheit hat? Und wo bleibt die Berücksichgtigung der Fakten, dass die USA/CIA mit 5 Mrd. USD Destabilisierungskosten diese Lage herbei geführt hat und an der Polen damit sogar noch verdient haben müßte? Dieser Artikel entbehrt jeder Ehrlichkeit, was nicht verwunderlich ist, wenn man die "Ausbildungszeit" dieses Herrn auf der anderen Seite des Atlantiks berücksichtigt. Und er trägt damit auch nicht zum Ansehen der FES bei"

Dr.med. Joachim+Elz-Fianda schrieb am 15.10.2014

"einen demokratischen und marktwirtschaftlichen Wandel der Region ermöglichen"...
Warum hat die EU in der Ukraine Organisationen unterstützt, die ganz klar faschistische Züge zeigen ? Ist das demokratisch ?
Der demokratisch gewähle Präsident wurde auf nicht ganz legale Weise gestürzt, ist das demokratisch ?
Was hat der größte Teil der Bevölkerung der Ukraine von marktwirtschaftlichen Reformen unter Anleitung des IWF, der USA und Deutschlands, die, ähnlich in Griechenland und Spanien angewendet, eine Menge Volks in die Verarmung gestürzt haben ?
Ist es demokratisch, wenn der neue Machthaber einen Teil seiner Bevölkerung gezielt dezimiert und dessen Infrastruktur zerstört - wenn Syriens demokratisch gewählter Staatschef solches tut, wird er zum Buhmann erklärt und die IS aufgerüstet, um Krieg gegen den zu führen.
Machtpolitische Interessen, das können Sie bei Brzezynski nachlesen, bedient die NATO schon seit ihrer Gründung. Oder hat Russland das Gebiet der NATO schon einmal angegriffen ?
Ihr Artikel ist Träumerei und enthält eine üble Verdrehung der Tatsachen - Russlang muss sich durch

die NATO bedroht fühlen. Und polnische Bedenken werden seitens der NATO unberücksichtigt bleiben. Vielleicht gehören Sie ja auf die Couch.

Alexander Lieven schrieb am 15.10.2014

Zitat aus "Jacobowski und der Oberst": "Geradeaus fahre ich brilliant, Kurven hasse ich!" Anscheinend hat schon lange niemand mehr George F. Kennan oder Sun Tzi gelesen. Dieser grauenhafte Schlamassel wäre uns dann vielleicht erspart geblieben. Daß Traumatisierte Psychologie ablehnen ist nachvollziehbar, nicht aber, daß Sie nicht aus dem Verkehr gezogen werden. Ich sehe bei dem ganzen Thema leider einen düsteren Neurosen-Tango außer Kontrolle geraten. Das gilt mittlerweile auch für die russische Seite.
